

Bezugspreis:

Startstüber 7.50 M., monatl. 2.50 M., ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die abendliche Kontakblatt ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 25. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die italienischen Delegierten verlassen Paris.

Paris, 24. April. (Reuter.) Orlando, Bassilai und ...

Die italienische Friedenskrise.

Erneute Besprechungen mit der Entente.

Paris, 24. April. (Reuter.) Friedenskonferenz-Communique ...

Die Antwort Orlando.

London, 24. April. (Reuter.) Das Pressebureau veröffentlicht ...

Lebhafte Erregung in Italien.

Rom, 24. April. (Stefani.) Wilsons Botschaft hat überall ...

Die Stellungnahme der Pariser Presse.

Paris, 25. April. (Gavas.) Die Blätter behaupten, daß der ...

Vom Pariser Sozialistenkongress.

Erregte Szenen.

Bern, 25. April. In der letzten Sitzung des Pariser So- ...

Nochmals: Deutschland und der Frieden.

In unserer heutigen Morgenausgabe geben wir eine Meldung ...

Die der Korrespondent teilt mit, daß er mit dieser Angelegenheit ...

Die deutsche Friedensdelegation.

Berlin, 25. April. Die Liste der Mitglieder der voraus- ...

Neue Putzsch im Ruhrrevier?

Bestrafung von 13 Kommunistenführern.

Duisburg, 25. April. (Eigener Drahtbericht des „Vor- ...

In Düsseldorf sind die städtischen Arbeiter in eine Lohn- ...

Die letzten Nachrichten über den Ruhrstreik ergeben, daß die ...

Die Lage in Bremen.

Fortsetzung des Abwehrstreiks.

Bremen, 24. April. Bösmanns Telegraphisches Bureau meldet: ...

Verhärfung des Streiks.

Bremen, 25. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) ...

Der Generalstreik in Irland.

Amsterdam, 25. April. (L.A.) Dubliner Bericht zufolge gewinnt ...

Schiedsgerichtsbarkeit bei Arbeitsstreitigkeiten.

Man hört in diesen Tagen sehr oft, daß bei der besonders ...

Politische Streiks und wilde Streiks sind ohne weiteres ...

Anders verhält es sich mit den ordnungsgemäß vorbereiteten ...

Nichtabstimmender bilden auch sie eine Gefahr für die ...

Wie können wir aber den schweren Schädigungen durch die ...

Dafür geben uns die letzten Lohnstreiks im Reich eine Anhalt ...

Wir können an die Lohnstreitigkeiten und Streiks heute nicht ...

Der Streik ist das letzte Mittel der Arbeiter, ihre Forderungen ...

Die Streiks und Aussperrungen wurden in unserem früheren ...

wehmerium, entfaltete sich die deutsche Produktion zu nie erreichter Höhe. Wenn wir die Gewerkschaftsberichte und die Handelsstatistik jener Tage zur Hand nehmen, so sehen wir, was Deutschland durch die planmäßige geordnete Produktion an Gesamtwohlstand gewonnen und wie die Arbeiterkraft in fortwährendem Maße daran teilgenommen hat.

Aus unserer Not zu ähnlichen Verhältnissen wieder emporzusteigen, ist der sehnlichste Wunsch aller denkenden Glieder unseres Volkes.

Also heraus aus dem Jammer unseres Produktionsverfalls. Es wird in Deutschland noch immer viel weniger produziert, als jeden Tag verzehrt wird. Wir werden jeden Tag ärmer und elender. Von Streiks und Banknotenbruderei kann kein Volk leben.

Die Sorge um die Existenzsicherheit des deutschen Volkes zwingt uns zu Sicherungen für eine geordnete Aufwärtsentwicklung des deutschen Wirtschaftslebens. Nicht nur die politischen und die wilden Streiks müssen verschwinden, sondern auch für die geordnet vorbereiteten Lohnbewegungen sind Garantien zu schaffen, daß sie ohne Stilllegung der Produktion durchgeführt werden können. An Stelle des Kampfes zwischen Unternehmern und Arbeitern tritt der Staat als Schiedsrichter.

Es sind obligatorische, rechtsverbindlich wirkende Schiedsgerichte für alle Arbeitsstreitigkeiten durch Gesetz einzuführen. Wenigstens für eine gewisse Uebergangszeit.

Für jeden Gewerbebezirk, oder im Bedarfsfalle für einen Industriebezirk sind obligatorische Schiedsgerichte zu bilden, die paritätisch von Arbeitern und Unternehmern zusammengesetzt werden. An der Spitze steht ein unparteiischer Beauftragter des Staates als Vorsitzender.

Alle auftretenden Differenzen sind, falls die Unterhandlungen zwischen den Arbeitsvertragsparteien oder deren Vertretern nicht zu einem befriedigenden Resultat führen, vor dieses Schiedsgericht zu bringen. Der Schiedspruch erfolgt durch Stimmmehrheit, falls diese nicht zu erzielen ist, entscheidet der Vorsitzende.

Wir haben eine ähnliche Schlichtungs- und Schiedsform bereits in den Gewerbebezirken. Wie bei ihnen, muß auch in den Schiedsgerichten für Arbeitsstreitigkeiten nicht die Rechtsprechung, sondern die Vermittlung, der Ausgleich das Primäre sein. Erst wenn alle Einigungsversuche erschöpft sind, hat als letztes Ausnahmsmittel der Schiedspruch zu erfolgen. Und selbst dabei soll sich das Schiedsgericht noch von dem Gedanken des Ausgleichs leiten lassen und seine Entscheidung soll gewissermaßen die Brücke zwischen den letzten Zuständen der beiden Streitparteien bilden. Eine schiedsgerichtliche Regelung der Arbeitsstreitigkeiten ist durchaus nicht eine neue Erfindung. Schon die australische Arbeiterregierung hat sich vor mehr als zehn Jahren zu ihrer Einführung durch Gesetz entschließen müssen.

In dieser Zeit der starken Schwankungen des Geldwertes und der Preise wird die Frist, innerhalb deren der Schiedspruch gültig ist, natürlich kurz bemessen sein müssen. Er würde zunächst für eine Dauer von 4 Monaten rechtsverbindlich wirksam bleiben müssen. Später, wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung konsolidiert hat, werden die Fristen weiter gestreckt werden können.

Höher als die Sonderinteressen steht das Interesse des ganzen Volkes, höher als das Wohl der Parteien das Wohl der Gesamtheit. Gerade der Schutz der Schwachen gebietet eine solche Regelung, denn sie haben unter dem Niedergang der Produktion an Verbrauchsgütern am schwersten zu leiden.

Jedenfalls steht diese Form der Regelung der Arbeitsstreitigkeiten höher als die Diktatur des Betriebsleiters, zu deren Einführung die Sowjetregierung infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges in Rußland gezwungen worden ist. Dadurch ist ein neuer „Derr im Hause“ geschaffen worden, und diesen Uebelstand wollen wir in Deutschland nicht neu einführen.

Zur Lage in Bayern.

Vericht aus Augsburg.

Augsburg, 25. April. Der gestrige amtliche Tagesbericht des Truppenkommandos Augsburg teilt mit: Nach Meldung der Truppen wurde in der vergangenen Nacht aus einem Hause in Oberhausen auf Posten der Regierungstruppen geschossen, die das Feuer erwiderten. Bei den sich daran anschließenden Hausdurchsuchungen konnte man des Täters nicht habhaft werden. Mering wurde am 24. von Regierungstruppen aus Augsburg besetzt. Bei Altheggenberg (Halbweg zwischen Augsburg und München) wurde am 23. April eine feindliche Kavalleriepatrouille der Münchener Roten Armee zurückgejagt. Die Arbeit in den Betrieben von Augsburg wurde gestern wieder aufgenommen. Die Durchsuchung nach Waffen mußte in verschärfter Weise durchgeführt werden, da die Ablieferung weitläufig nicht der Zahl der angegebenen Waffen entspricht.

Die Opfer der Straßenkämpfe.

Augsburg, 25. April. Nach der „Schwäbischen Volkszeitung“ sind bei den Straßenkämpfen insgesamt 30 Personen ums Leben gekommen, darunter sechs Angehörige der Regierungstruppen, sechs Kämpfer auf der Gegenseite und achtzehn Zivilpersonen. Unter den Toten befinden sich zwei weibliche Personen und ein Kind.

Man glaubt sich in die Schreckenstage des Krieges versetzt, wenn man die Berichte aus Süddeutschland liest. Dieses Mitleid muß man mit der Zivilbevölkerung empfinden, die unter dem Wahnsinn einer kleinen Minderheit unerhörte Dinge zu durchleben und zu durchleiden hat. Wann kommt der Retter diesem Lande?

Ein Wort über Pressefreiheit.

Zum Verbot der „Republik“.

Die „Republik“ teilte heute morgen ihren Lesern offiziell mit, daß sie bis auf weiteres vertoten sei; unsere Hoffnung, daß es sich hier nur um ein peinliches Mißverständnis handele, hat sich nicht erfüllt, und so können wir nicht umhin, öffentlich zu erklären, daß wir dieses Verbot für eine verfehlte Maßnahme halten.

Die von der Revolution verkündete unbeschränkte Pressefreiheit ist von den Unabhängigen und Spartaisten wieder befristet worden. Zuerst war es die „Freiheit“, die auf ein Einschreiten gegen antisemitische Preßerzeugnisse drängte, dann haben die Anhänger der „zweiten Revolution“ überall, wo sie zur Herrschaft kamen, die Pressefreiheit vollkommen auf. Der schamlose Unterdrückungsseifer, den sie entfalteten, wäre aber noch kein Rechtfertigungsgrund für ein ebenso unbedenkliches Vorgehen von der anderen Seite.

Solange das gleiche Recht über nicht gegen gewaltsame Angriffe unbedingt gesichert ist, werden sich leider gewisse Einschränkungen der staatsbürgerlichen Freiheit nicht vermeiden lassen. Wenn Preßerzeugnisse unterdrückt werden, die zu verbrecherischen Handlungen auffordern und systematisch zum Bürgerkrieg heben, so wird man unter den gegenwärtigen schwierigen und gefährlichen Verhältnissen kaum etwas Stichhaltiges dagegen einwenden können. Die schädliche Verletzung politischer Meinungen darf aber in keiner Weise gehemmt werden.

Wenn wir von diesem Standpunkt aus das Verbot der „Republik“ betrachten, so können wir nicht finden, daß die Gründe, die zu diesem Verbot geführt haben, ausreichend sind. Die Behörden sollen sich vor allen zweifelhaften Maßnahmen hüten, auf diese Weise werden sie sich am besten die Unterstützung der Öffentlichkeit sichern, wo einmütig ein entschlossenes Durchgreifen wirklich notwendig wird.

Eichhorn verhaftet und wieder befreit.

Aus Halberstadt wird der „Freiheit“ berichtet: Der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn, der sich seit einigen Tagen in Halberstadt aufhielt, wurde Donnerstagnachmittag um 3 Uhr im hiesigen Gewerkschaftshaus verhaftet. Es sammelten sich hierauf größere Arbeitermassen an, denen es gelang, Eichhorn gegen 8 Uhr abends zu befreien.

Die Huldigungskundgebung für Wilhelm II.

Berlin, 24. April. (Tel.) Die Huldigungskundgebung für Wilhelm II., welche der „Reichsbote“ in Berlin zum 27. Januar veranstaltet hatte, ist mit ihren fast einer halben Million Unterzeichnern in 27 Hattlichen Bänden in Amerongen eingetroffen. Der Kaiser hat über die Kundgebung große Freude empfunden und läßt den freundlichen Unterzeichnern seinen persönlichen Dank übermitteln.

Die Tatsache, daß der Byzantinismus in Deutschland noch immer nicht aufgehoben ist, dürfte kaum die Anspruchnahme des heute so kostbaren Papiers für obige Kundgebung rechtfertigen. Aber die Sache hat auch ihre rechte Seite: sie zeigt, daß die gegenrevolutionäre Gefahr durchaus nicht erloschen ist, wenngleich einem großen Teil des nur im Hochrufen geübten Bürgerturns im entscheidenden Augenblick der Not ausgeben dürfte. Das Schwelchweiden ist eben eine Tätigkeit, die der Mensch in gestörter Anpassungsfähigkeit dem Tiere erlernt hat.

Aus dem kommunistischen Paradies.

Todesurteil und Zuchthausstrafen.

Budapest, 25. April. Das Revolutionsgericht hat wegen angeblicher gegenrevolutionärer Verschwörung den Advokaten Wilhelm Stengel und den ehemaligen Detektiv Tibor Kóvacs zum Tod durch Erschießen verurteilt. — Das Urteil ist bereits vollstreckt. Der Hörer der Technischen Hochschule Franz Szalkai, der Rechtslehrer Ladislau Szegi, Artillerieleutnant Tibor Szabi, Hauptmann Viktor Wiesinger, Detektiv Joltou Pap und Oberleutnant Roland Koroty wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Strafverhandlung soll festgestellt haben, daß die Häden der groß angelegten Verschwörung in die Provinzstädte und über die Demarationslinie hinaus reichten.

Wenn das Schwelchweiden nicht schon erfunden wäre, so dürfte man annehmen, daß die Kommunisten es erfunden hätten; jedenfalls hat noch keine zur Herrschaft gelangte Partei ihre Politik in solchem Maße mit Rascheneingeweihten ausgebaut, wie es seitens der ungarischen Diktatoren geschieht. „Geistige Ideen sind nicht mit Minenwerfern zu bekämpfen“, von welcher Seite haben wir das so oft gehört? Ja, ja, Theorie und Praxis.

Erweiterung der deutschen Fischereirechte.

Paris, 24. April. (Reuter.) Friedenskonferenz-Communiqué vom 24. April. Der Oberste Wirtschaftsrat verhandelt unter dem Vorsitz von Lord Robert Cecil die Frage der Fischerei im Skagerrak und Kattegat und bewilligte das deutsche Ansuchen um Erweiterung der Fischereirechte. Der Rat stimmte außerdem auch einem Vorschlag zu größerer Ausübung der Hamburg-Elbe-Redoute für die Verfolgung der Tschecho-Slowakei zu.

Der italienische Kunstraub.

Anfrage in der Wiener Nationalversammlung.

Wien, 24. April. Nach einer Korrespondenzmeldung richtete in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung der großdeutsche Abgeordnete Müller-Gutenbrunn die Anfrage an den Staatssekretär des Äußeren, ob die Regierung gelassen sei, die völkerrechtswidrigen Forderungen der italienischen Waffensstillstandskommission nach in deutsch-österreichischem Staatsgebiet befindlichen Kunstwerken zurückzuweisen. — Die Tiroler deutschfreiböhmischen Abgeordneten Kraft und Straffer fragten an, was das Staatsamt des Äußeren gegen das „Deutsch-Südtirol“ für die Republik Deutsch-Österreich zu erhalten, und ob die Regierung geneigt sei, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen, wenn darin Deutsch-Südtirol den Italienern zugesprochen würde.

Ein Mehrheitssozialist Oberbürgermeister

Magdeburg, 24. April. Die Stadtverordnetenversammlung wählte den Kandidaten der Mehrheitssozialisten Stadtrat Peins, Mitglied der Nationalversammlung, zum Oberbürgermeister.

Volksvorträge und Volkshochschulen.

Von Robert Henseling.

Der Beginn der Arbeit für die Organisation einer Volkshochschule Groß-Berlin macht ein Wort über das, was nun beschleunigt gebaut werden wird, notwendig. Der Begriff Volkshochschule muß zunächst einmal richtig erklärt werden. Rob. Henseling, der der Volkshochschularbeit seit Jahren nachsieht, möchte diesem Ziel dienen.

Die Volkshochschule kann und darf nicht akademisch sein. Sie dient nicht der Wissenschaft, sondern dem Leben. Ihre Stätte ist nicht der Hörsaal, sondern die Hausgemeinschaft. Für sie ist die Persönlichkeit des Lehrenden nicht in erster Linie „Modium“ zwischen dem unpersonlichen systematischen Wissen und dem Wissen Begleitenden; für den Besucher der Volkshochschule ist die Persönlichkeit des Lehrenden mehr; sie ist Stellvertreter der geistigen Gesamtheit der Nation, darüber hinaus der Menschheit. Nur eins kann dem Volkshochschulbesucher den Befähigungsbeweis und das Zeugnis geben: daß er eine würdevolle Art, das Leben geistig zu meistern, den ihm Vertrauenden im fruchtbaren Wort und mit der Tat vorlebt.

Was sich heute „Volkshochschulbewegung“ nennt (es könnte einen Hund jammern, was da alles dienlichselbst zusammenläuft — wobei plötzlich alle die Verständnisvollen, nachdem all die verlorenen Jahre vor dem Krieg und selbst noch im Kriege männlich einen Menschen, der das Wort „Volkshochschule“ ernstlich ausgesprochen, als überspannten Schöngelst belächelt?) — was sich heute Volkshochschule nennt, ist meistens ein Vortraggeberfüßler, je „akademischer“, desto besser. Was kann dabei herauskommen? Bei der Kinderzahl der Lehrenden, die aus innerem Beruf reden, alles Gute, was immer dabei herauskommt, wenn Tüchtige unter die Menschen treten. Sonst, also meistens: geistiges Proletariat, Schlimmeres: geistiges Proletariat. Soll diese Seuche erste Frucht der neuen, geistigen Volksbeglückung sein? Davon wollen wir ein gültiges Gesetz und ein kühnes Kultusministerium bewahren!

Ich verleihe ausdrücklich: Nichts soll damit gegen ein ständiges Vortragswesen gesagt sein. Seine Blüte wird dem lebendigen Wort unter uns zu Ehren helfen, wird den Köpfen viel nützlich Wissen schaffen, wird, vielleicht, allmählich dazu mitwirken, daß die Wissenschaft in einem vollverständlichen Deutsch zu denken und zu reden beginnt und daß die Deutschen ihre bemängelte und trostlose Sprache in Rede und Gegenrede wahrhaft gebrauchen lernen, anstatt sie flammend und stöpernd zu mißhandeln wie heute.

Also: Vorträge, soviel ihr wollt und in eurem geistigen Verantwortungsbereich hinein! Aber laßt um euret- und unsertwillen den bösen Mißbrauch mit dem Namen Volkshochschule.

Viele ihrer Volksvorträge, so nennt sie Volksvorträge, und nennt nicht das Ei eine Henne. Dann wissen die allezeit dankbaren Tausende, die auch zuströmen, daß sie Vorträge wissen mit heimnehmen, und werden nicht dem Wahn anheimfallen, im Hinblick der „Hochschule“ eine andere Haut bekommen zu haben als ihr alter Adam hatte.

In der Volkshochschule leben Lehrende und Hörer so zusammen, daß Lernen und Leben gemeinsames Logewort ist. Die Unversitäten müssen Euren und Fenster weit aufsperrten und viel Frühlings hereinlassen; ihre Hauswächter müssen sich von hinten und von vorn besehen, sie werden viel Jöpfe abzuschneiden finden. Aber gelehrte Hochschulen müssen gelehrte Hochschulen bleiben. Volkshochschulen können sie nie werden. Denn die sind für das Meer berufen, die nicht Gelehrte sind und nie Gelehrte werden wollen, für die, deren Leben nicht in Denkarbeit, sondern im zweckbestimmten Tun verläuft. Von allen diesen, dem Nichtgelehrten, rede ich hier als vom „Volk“. Es gehören dazu auch die meisten in „geistigen Berufen“ Tätigen. Für sie genau so wie für den Handwerker soll die Volkshochschule sein. Zumeist genollt! Ach nein, besehen wir uns doch, wie wir sind! Sind es die vielen oder sind es die wenigen, denen aus eingeborenem, starken Trieb daran gelegen ist, bestimmend und Tiefen erschauend das Weltwesen zu begreifen, Anteil zu erarbeiten am Geistesgute der Zeit? Ob es die Vielen sind, ob die Wenigen, sie sind zu finden in allen Berufen, in allen Schichten. Es sind aber die, deren Einanderverstehen über alle Schranken von Gewöhnung und erstem Vorurteil hinweg allein für innere Gesundheit eines Volksorganismus Wahrscheinlichkeitsbürgschaft leisten kann.

Die Volkshochschule gründet sich daher auf diese Hauptzüge: sie ist eine Lebens- und Arbeitsgemeinschaft. Ihr Besuch steht jedermann frei, ohne jede Rücksicht auf Beruf und Alter. Wer sie besuchen will, mag irgendwie zu den Kosten beitragen, sofern er die Mittel hat. Alles übrige — es wird immer der Hauptteil sein — geht zu Lasten öffentlicher oder Stiftungsmittel. Jeder Hörer geht, wenn er die Volkshochschule verläßt, an seinen Arbeitsplatz zurück. Durch Reichsgesetz werden die Grundzüge bestimmt, nach denen jedem Volksgenossen der einmalige Besuch der Volkshochschule möglich gemacht wird, sofern er den Drang dazu hat. Arbeitsgebiet der Volkshochschule ist: aller lehrbare und in einer Gemeinschaft pflegbare Kulturbesitz, der geeignet ist, das Leben des Arbeitenden zu bereichern. Es gibt keine verbindlichen Normalpläne. Es ist besser, die Arbeitspläne haben „stoffliche Läden“ und sind einseitig, und überhaupt: es ist besser, wir haben wenig Volkshochschulen — als wir haben Unberufene (also Vernichter der Volkshochschule) in jene Läden und prangen mit diesen, aber unfruchtbaren Schulen.

Wir werden mancherlei Formen brauchen: Volkshochschulen, Jahresschulen und (vielleicht eine, vielleicht mehrere) Volkshochschulen.

Schulen, deren erlesene Lehrer beides in sich vereinen: Gelehrte zu sein und Meister der Darstellung. Alle Volkshochschulen sind völlig frei in ihren Grundzügen, nur: meldepflichtig bei einer Reichsarbeitsabteilung, in der alle Erfahrung gesammelt, in jeder möglichen Weise Rat und Hilfe vermittelt wird, im übrigen Gemeinbewerke, Verbände, Stiftung. Die Volkshochschulen sind staatslos, stehen frei und selbständig neben den gelehrten Hochschulen und leisten, was Aufgabe einer Volkshochschule sein kann, im ganzen Umfang. Auch sie stehen grundsätzlich jedermann offen, dienen aber in erster Linie der Bildung von Volkshochschullehrern.

Jedenfalls betrieblige Bildung oder Vorbildung zu einem Berufswandel ist nicht Sache der Volkshochschule, sondern der Hochschulen.

Das künftige Bestehen der Volkshochschulen wird uns Dankbaren bedauern.

Notizen.

— Die Angriffe gegen Paul Scheinpfug, der das Wähler-Deckel bei der Viehmarkt-Lotteriesage aus Deutschland „Eroica“ aufzuführen sich, werden weiterhin in Deutschland besprochen. Die „Allgemeine Volkszeitung“ nimmt in der Sache einen Standpunkt ein, der in der „Frankfurter Zeitung“ folgendermaßen geäußert wird: Die Kunstwelt wird eine solche Polemik als den äußersten Tiefstand dessen bezeichnen, was möglich ist. Jeder eigenen Würde vergeblicher Parteilichkeit in der Volkshochschule, Theater am Volkstheater, zum ersten Male Opernvorstellungen zur Aufführung.

— Die Statistik der Kaufaktionen behandelt Prof. Brändlein in einer Vorlesungsdreie an der Humboldt-Hochschule, Georgenstraße 30/31, Freitags 7-9 Uhr, Beginn 25. April.

— Heber Hermann Cohen und sein Kantwerk beginnt Dienstag, den 29. d. Mts., 8 Uhr abends im Charlotten-Ansam, Steglitzer Str. 20, ein Seminar unter Leitung des Dozenten Dr. Max Apel.

— Dichter, Journalist und Voligei. Ungezeichnetes von Anzengruber veröffentlicht die Wiener „Republik“. Darunter befindet sich folgende Bemerkung: Ein Dichter hat in die Zukunft, er hört das Dröhnen der Schritte noch außer der Zeit. Er will warnen; da legt ihm die Voligei die Finger auf und sagt: „Warnen Sie nicht, das beunruhigt nur!“

Revolte russischer Gefangener in Pärchim.

Tätlichkeiten gegen Bewachungsmannschaften. — Tote und Verwundete. — Die Frage des Rücktransports.

Ueber eine Revolte im Außenlager Pärchim in Mecklenburg meldet der Gerichtsoffizier des Lagers: Am 24. April, vormittags 10 Uhr, wurde das Wachpostenbataillon alarmiert, weil ein Teil der kriegsgefangenen Russen meuterte. Einzelne Russen hatten die Arbeit verweigert und waren deshalb eingesperrt worden. Ein Teil der Russen versuchte nun, ihre Kameraden mit Gewalt zu befreien. Die Russen wurden zur Ruhe ermahnt. Die Ermahnungen blieben nutzlos, es gingen vielmehr schon einzelne tätlich gegen die Bewachungsmannschaften vor. Eine Reihe der Gefangenen versuchte, durch das Tor zu entfliehen. Einem verstärkten Truppenabgebot gelang es indessen, den Fluchtversuch zu verhindern. Noch einmal versuchte ein russischer Offizier der internationalen Kommission den Leuten zuzureden, um so die Ruhe wieder herzustellen. Auch das blieb ohne Erfolg. Es hatten sich mittlerweile 2000 bis 3000 Mann angeschlossen, vor denen mehrere Nebelwaffen aufsteigende Nebel führten. Auch jetzt wurden einzelne Bewachungsmannschaften tätlich angegriffen. Als ein Bizefeldwiesel versuchte, einen Nebelwaffenführer festzunehmen, entspann sich ein Handgemenge. Die Wachtmannschaften erhielten den Befehl, langsam gegen die Menge vorzugehen und sie zurückzudrücken. Bei diesem Vorhaben kam es auf einem Hügel zu Zusammenstößen. Den Wachtmannschaften wurde nun der Befehl zum Feuer erteilt. Sie schossen zunächst in die Luft, und erst als das nichts nützte, mußten sie gegen die Russen vorgehen. An dem Handgemenge gab es 6 Tote und 19 Verwundete. Daraufhin flüchteten die Russen eilig in die Baracken.

Am Abend war die Ruhe vollständig wieder hergestellt. Der russische Oberst sprach als Mitglied der internationalen Kommission dem Lagerkommandanten, Major v. Bonin, sein Bedauern über den Vorfall aus und hob hervor, daß nach Lage der Dinge nicht anders verfahren werden konnte, als verfahren worden war.

Zur Frage des Rücktransports der russischen Kriegsgefangenen wird uns von zutüftlicher Seite mitgeteilt: Trotz besten Willens kann der Rücktransport der kriegsgefangenen Russen nur langsam vorangetrieben werden, besonders deshalb, weil große Transportwierigkeiten auf der Eisenbahn bestehen. Außerdem können die Russen nur an einer Stelle durch die russische Front hindurchgeführt werden. Die Uebergabe der gefangenen Russen ist in der letzten Zeit auch dadurch gestört worden, daß gerade hier Kämpfe stattfinden. Verhandlungen, die mit der polnischen Regierung durch Vermittlung der Entente geführt wurden und die dahin gingen, daß die Kriegsgefangenen Russen durch Polen in ihre Heimat zurückbefördert werden können, sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Der Seeweg durch die Ostsee kann zum Rücktransport erst Mitte Mai in Anspruch genommen werden. Nur die anderen Seewege, z. B. über das Schwarze Meer, fehlt uns der Schiffstrom. Die Schwierigkeiten sind auch deshalb so groß, weil wir stets bemüht sind, die Kriegsgefangenen möglichst in ihre ursprüngliche Heimat zurückzuführen, daß wir also keine Subtrassen nach Nordrußland senden. Im übrigen werden alle Lager beim Rücktransport gleichmäßig berücksichtigt. Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß wegen der Unzuverlässigkeit der Russen größere Transporte nicht abgefertigt werden können, besonders nicht durch das Kampfgebiet im Osten.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Börse zeigte eine unentschiedene Haltung. Die Spekulation legte sich mit Rücksicht auf die in Paris herangezogenen Unstimmigkeiten Zurückhaltung auf, so daß sich das Geschäft in den enghen Grenzen bewegte. Größere Kursveränderungen waren infolgedessen nicht zu verzeichnen. Am Küstungsmarkte waren lediglich Zink, Kupfer begehrt und etwa 16 Proz. höher. Schiffahrtsaktien erlitten kleineren Kursrückgängen. Werlich gestiegen waren zunächst Petroleumwerte, doch konnten sich im späteren Verlauf die höchsten Kurse nicht behaupten. Kanada unterlag mehreren Schwankungen. Lebhafte Nachfrage trat für die Coupons fremder Renten hervor. Heimische Anleihen waren bebaupet, auch Kriegsanleihe unbedändert.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik im Baugewerbe.

Eine Massenversammlung der streikenden Maurer und Bauarbeiter füllte heute vormittags den Konordia-Festsaal in der Ankerstraße dichtgedrängt bis zum äußersten Winkel. Mehr als 2000 Teilnehmer des Bauarbeiterverbandes gab den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedspruch bekannt. Die hauptsächlichsten Bestimmungen sind folgende: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 46 1/2 Stunden, und zwar vom Montag bis Freitag je acht und am Sonnabend 6 1/2 Stunden. Der Stundenlohn beträgt für Maurer, Zimmerer, Einschaler, Stein- und Kalkträger vom 1. April ab 2,40 M., vom 1. Juni ab 2,60 M. Die Löhne der übrigen Arbeitergruppen in Holz- und Betonbau sind in demselben Verhältnis wie im bisherigen Verträge niedriger als die vorstehenden Sätze. Im Tiefbauvergebe erhalten die gelehrten Handwerker ab 1. April 2,40 M., ab 1. Juni 2,60 M., Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiter von demselben Termin ab 2,30 M. und 2,50 M., ungelernete Arbeiter über 18 Jahre 2,10 M. und 2,30 M. unter 18 Jahre 1,75 M. und 1,95 M., Frauen 1,50 und 1,75 M. Überstunden werden mit einem Aufschlag von 25 Proz. Sonntags mit 50 Proz. vergütet. Die erhöhten Löhne sind vom 1. April ab nachzuschaffen. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden. Mehr bemerke, die im Schiedspruch festgesetzten Löhne seien eine große Entschädigung für die Bauarbeiter, denn sie entsprechen in keiner Weise den heutigen Verhältnissen. Die am Sonntag stattfindenden Mitgliederversammlungen sollen über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs entscheiden. Der Vorstand und die Generalsekretärin der Zweigvereine sowie die Streikleitung haben zu der Angelegenheit Stellung genommen und empfehlen den Mitgliederversammlungen, den Schiedspruch abzulehnen. Mit Rücksicht darauf, daß die bisher festgesetzte Arbeitszeit nicht gesenkt erscheint, wird der Versammlung der Streikenden empfohlen zu beschließen, daß am Montag die Arbeit wieder aufgenommen wird. Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung, den Streik vorläufig aufzuheben und die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Sie erwartet, daß die Mitgliederversammlungen am Sonntag den Schiedspruch ablehnen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Morgen 11 Uhr Branchenversammlung aller Monteur- und Helfer der Eisenkonstruktionsbetriebe bei Borsigstraße 11. Tagesordnung: 1. Unfertige Lohnforderung. 2. Branchenangelegenheiten.

Verwaltungsstelle Nowawes-Boisdamm. Zum sofortigen Eintritt ein erster Gehilfenstellen. Gehalt nach Vereinbarung. Stellensuchend mit einer ersten Probe. Bewerber 3 Jahre dem Verband angehören. Angebote bis 15. Mai an Paul Friede, Nowawes, Borsigstr. 4.

Die Obmänner der Angestellten-Ausschüsse der Bauschäfte (nicht Bauschäfte, wie wir im heutigen Morgenblatt mitteilen) Groß-Berlins versammeln sich Montag 5 Uhr im Gartenhof des Restaurants Beilmann an der Potsdamer Straße zwecks Besprechung des Tarifabkommens für die kaufmännischen Beamten und Beamtinnen. So angeordneten Ausschüsse nicht besetzen, wird im Entsendung eines kaufmännisch tätigen Vertrauensmannes ersucht.

Groß-Berlin

Zur Fettversorgung.

Von zahlreichen Seiten laufen bei den Behörden, namentlich bei der Reichsfettsache, Klagen über das gegenwärtig zur Verteilung kommende Fett ein. Demgegenüber ist zu bemerken, daß es sich bei dem in dieser Woche ausgegebenen Fett nicht um amerikanisches Schmalz, sondern um Protein Fett aus den Beständen der Reichsverwaltung handelt. Das sogenannte amerikanische Schmalz befindet sich noch immer in der Seiderlei, wo es umgebraten wird. Wahrscheinlich werden die ersten Nationalen Auslandsfett in der nächsten Woche zur Ausgabe gelangen. Bis jetzt sind in Berlin acht Waggons Fett und Speck eingetroffen, die durch die städtischen Behörden zur Verteilung gelangen.

Die Hoffnung, daß man in Deutschland bald holländische oder dänische Butter bekommen wird, dürfte sich, wie wir hören, leider nicht erfüllen. Holland offeriert keine Butter zum Preise von 4,50 bis 5,50 Gulden, je nach der Qualität. Da der Gulden jetzt von Deutschland mit 5,10 bis 5,45 M. bezahlt werden muß, kommt die angebotene Butter also pro Kilogramm auf 24,50 bis 30,25 M. zu stehen. Diese Preise verstoßen sich ob Grenze. Rechnet man nun die Transportkosten, Versicherungen usw. hinzu, so würde das Pfund Auslandsbutter auf 15 bis 18 Mark kommen. Unter diesen Umständen haben die Reichsstellen von einem Anlauf vorläufig abgesehen.

Die Maifeier.

Nachdem die Bemühungen der Groß-Berliner Bezirksorganisation unserer Partei, eine gemeinsame Maifeier zu veranstalten, gescheitert sind, wird jede Partei geforderte Feiern veranstalten. Unsere Parteiorganisation wird auf sieben großen öffentlichen Plätzen, u. a. auf dem Tempelhofer Felde, auf dem Grotzplatz an der Schönhauser Allee, auf den Weidenwiesen, am Reichstagsplatz und in Charlottenburg große Kundgebungen für die sozialistischen Ideen, Weltfrieden und Völkerverbund, gerechten Friedensschluß usw. arrangieren. Der Verband der Groß-Berliner Wahlvereine der unabhängigen sozialdemokratischen Partei begehrt den 1. Mai durch große Demonstrationssammlungen auf den Spielwiesen im Tegelwäldchen, Friedrichshain und Humboldtshain.

Keine Gesindbücher mehr.

Das Ministerium des Innern hat an die unterstellten Behörden einen Erlass gerichtet, worin darauf hingewiesen wird, daß alle Bestimmungen über die Führung von Gesindbüchern aufgehoben und neue nicht erlassen werden dürfen. Dieser Erlass war notwendig, um die entgegengeetzte Praxis unserer Verwaltungsorgane außer Wirksamkeit zu setzen.

Raubmord an einer Greisin.

Ein Kapitalverbrechen, dem eine 83 Jahre alte Greisin zum Opfer fiel, wurde in der vergangenen Nacht in der Adolfsstr. 15 entdeckt. Dort wohnte am Hof in einer Kellerstube mit Küche für sich allein die Witwe Amalie Herwig. Sie lebte zum Teil von ihren Ersparnissen; im übrigen bezweckte sie Schloßstellen an alleinstehende Mädchen. Eine solche Mieterin kam in der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr nach Hause und fand die Birne tot auf. Die Frau lag ohnmächtig in ihrem Bett. Im Grunde lag ein Anedel aus einem roten Leinwand. Dieser Anedel war unweit mit einem weißen Leinwandstreifen, anscheinend einem Stilk von einem Unterrod. Die beiden Enden des Anedels waren um den Hals geschlungen und fest zugebunden. Die Hände waren mit einem Stilk Band gefesselt. Das Mädchen benutzte sofort die Notrufpolizei. Nach dem Besuch der Kriminalkommission ist die Greisin allem Anschein nach erdrosselt und auch beraubt worden. Die Behältnisse, eine Kommode und ein Schrank, waren erbrochen und durcheinander. Frau Herwig pflegte ihre Ersparnisse im Bett unter dem Kopfkissen aufzubewahren. Hier fand man aber bis jetzt nur ein altes leeres Vorkornnasse. Die Leiche wurde nach dem Schouhause gebracht. Die Kriminalpolizei leitete unverzüglich Nachforschungen nach dem Täter ein. Er ist vielleicht unter den Bekannten eines der Mädchen zu suchen, die bei der Ermordeten einmal gewohnt haben. Noch in der Nacht wurden alle erreichbaren Zeugen vernommen. Nach dem Ergebnis ihrer Aussagen muß das Verbrechen zwischen 5 Uhr nachmittags und 11 Uhr abends verübt worden sein. Eine Spur des Täters ist noch nicht gefunden. Noch im Laufe des heutigen Tages wird ein Säulenanschlag erscheinen, der für seine Ermittlung eine Belohnung von 3000 M. aussetzt.

„Patentverlängerung und Rechte des Angestellten an seine Erfindung“

war das Thema am Donnerstag vom Bund Technischer Berufsstände nach der Philharmonie einberufenen Versammlung. Herr Dr. Wiegand führte aus, daß die Verlängerung der bestehenden Patente und Gebrauchsmuster um die Kriegsdauer, also etwa fünf Jahre, unbedingt erforderlich sei. Es sei Pflicht der Regierung und der gesetzgebenden Versammlung, die Erfinder und Patenthaber, welche infolge ihres persönlichen Kriegsdienstes oder wegen der vollständigen Abberufung Deutschlands von der Rohstoffzufuhr an der ausschließlichen Beschäftigung der Institute mit der Herstellung des Kriegsbedarfes an der Verwertung ihrer Patente gehindert worden sind, vor dem schmerzlichen Schaden zu bewahren, der eintrüben würde, wenn die für Friedenszeiten berechnete normale Patentdauer weiter bestehen würde. Die fünf Jahre Krieg sind im Leben der meisten Patente so ausgefallen, als wenn sie nicht bestanden hätten. Durch eine verhältnismäßig einfache gesetzliche Verordnung läßt sich eine Verlängerung der Schutzdauer erreichen. Zahlreich sind die Anträge und Klagen der Beteiligten, welche eine solche Patentverlängerung verlangen haben, und das Reichsjustizministerium hat auch einen diesbezüglichen Gesetzentwurf bereits ausgearbeitet. Aus nicht ersichtlichen Gründen hat aber die Regierung die Absicht, eine Patentverlängerung herbeizuführen, fallen gelassen, wodurch die Erfinder und Inhaber aller der zahllosen Patente, die durch den Krieg vollständig geworden sind, vor dem traurigen Los stehen, daß ihr Recht ihnen praktisch so verflümmert ist, daß es in vielen Fällen nutzlos wird und verfliehet. Im Laufe der überaus erregt geführten Diskussion wurden noch verschiedene wichtige Anregungen für die Behandlung der Frage gegeben, die alle darauf ausgingen, daß eine Verlängerung des bestehenden Schutzes um die Kriegsdauer im Interesse unserer gesamten Wirtschaft dringend erforderlich sei.

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschlüsse an: Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber den Kriegsteilnehmern und sonstigen durch den Krieg Geschädigten, daß Patente und Gebrauchsmuster um die Kriegsdauer ohne Gebührenverlängerung verlängert werden. Regierung und Nationalversammlung sind zu ersuchen, diesbezügliche gesetzliche Bestimmungen unbedinglich zu erlassen.

Eine Theateraufführung der Bezirksorganisation Groß-Berlin findet am 27. April, nachmittags 3 Uhr, im Centraltheater, Kommandantenstr. 17, statt. Zur Aufführung gelangt an Stelle von John Gabriel Borkmann Nora von Ibsen. Eintrittskarten einschließen: Garderobe und Einführung zum Preise von 1,75 M. sind zu haben: Joseph, Wilhelmshöfener Str. 48, Hönisch, Müllerstr. 34a, Hönisch, Adlerstr. 174, Köhler, Langhauer Platz 14/15, Köhler, Peterburger Platz, Hönisch, Engelauer 18, Buchhandlung Komrad, Lindenstr. 2 (Laden) sowie im Jugendsekretariat, Bellevuestr. 7 III.

Die Ueberwachungsbeamten der Kohlenstelle haben für April bis Juni 1919 rote Ausweisarten mit Lichtbild des Inhabers und Dienststempel der Arbeitsstelle. Sie sind verpflichtet, die Ausweisarten vor der Revision unaufgefordert vorzulegen; andere Ausweisarten sind ungültig.

Kohlspreizerhöhung. Die Kohlenstelle hat die Kohlenhändler ermächtigt, wegen der gegenwärtigen Erhöhung der Preiskurve auf sämtliche Kohlspreise ab 1. April 40 Pf. auf den Zentner aufzuschlagen.

Verminst Anrede. Seit dem 10. d. M. vermindert ist der zwölfjährige Schüler Georg Doss, der in seiner freien Zeit für ein parlamentarisches Bureau den Botendienst zwischen dem Abgeordnetenhaus und dem Reichstagesbüro in der Zimmerstraße beorderte. Von dieser Tätigkeit ist der Knabe an genannten Tage nicht zurückgekehrt. Er trägt dunkelblauen Frack, dunkelbraune Lederhose, braune Strümpfe, schwarze Schuhschuhe und grauen Schalpput. Mitteilungen nimmt jedes Polizeirevier entgegen und die Eltern, Schönberg, Goltzstr. 22.

Lichtbilde Neue Philharmonie, Spandauer Str. 96/97, vom 25. ab „Die goldene Ähre“ sowie „Um eine Stunde Glück“.

Sporthal Tegel. Am kommenden Sonntag wird der Sportpart Tegel die erste Begegnung mit Lössow und Kaspal, die in Sportreisen so sehr herbeigehandelt wurde, zustande bringen. Ferner sind für dieses Rennen die beiden Sieger der diesjährigen Großstadtkonkurrenz, Thoma und Kaspal, als weitere Teilnehmer verpflichtet. Viele der Zuschauer werden zwei Rennen über 25 und 50 Kilometer bestreiten. Ferner enthält das Programm zwei weitere Rennen für Klasse B. Für die B-Klasse ist ein 10- und 15-Kilometer-Rennen vorgesehen. Bürgerrennen demnächstigen das Programm.

Allgemeine Kranken- und Sterbliste der Metallarbeiter. Berlin 8. Mitgliederversammlung Sonnabend 8 Uhr, Rappier, Reichensberger Str. 154.

Steglich. Von einem Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinde durch das preussische Ministerium des Innern und die energische Abwehr durch den Gemeindevorstand wurde in der letzten Gemeindevorversammlung Schöffe Jochen Mülleling. Die Gemeinde ist bemüht, nunmehr so schnell wie möglich die von der Regierung begonnene Wasserleitung fertigzustellen und beschloß auf Zeit zum 300 Arbeiter zu diesem Zwecke. Mülleling kommt auf Beziehen des Magistrats Berlin vom Ministerium des Innern (ges. Freund) das „Erzuden“, die Arbeiten einzustellen. Auf Einspruch der Gemeinde beharrt das Ministerium auf seiner Anordnung. Der Gemeindevorstand hat darauf mit Billigung des betreffenden Ausschusses dem Ministerium mitgeteilt, daß er die Notwendigkeit des Erlasses nicht anerkennt und deshalb die Arbeiten nicht einstellen wird. Die Versammlung billigt einstimmig das Vorhaben des Gemeindevorstandes.

Bürgermeister Kubrow teilte ferner mit, daß der Minister des Innern auf die Eingabe in der Stadterkundung 20 angelegentlich gemacht habe, daß der Gefängnisbau Groß-Berlin bereits fertiggestellt sei und demnach der preussische Landesversammlung unterbreitet werden würde. Da die Eingabe einigung von Steglich vorgelesen sei, machte sich jetzt eine Veränderung in den bestehenden Verhältnissen nicht mehr erforderlich. Der Bürgermeister beharrt diesen Bescheid; auch die Gemeindevorsteher Freng (Dem.) und Korbhaus (Bürgerl.) sprachen dagegen, während Leimbach (Soz.) die Antwort des Ministers verlesen kann, wenn wir wirklich so nahe vor der Eingabe stehen. Indessen stimme er der Forderung der Vorredner zu, den Gegenstand der heftigsten Gemeinden zu unterbreiten, bevor die Landesversammlung darüber beschließt.

Steglich. Die Gemeindeverteilung wählte 2 h w e m u (Soz.) mit 54 von 55 abgegebenen Stimmen und Götze (Dem.) mit 52 von 55 abgegebenen Stimmen zu unbesoldete Gemeindevorsteher.

Reichswehr. Freie Turnerschaft. Sonntag Nachmittag aller Abteilungen auf dem öffentlichen Sportplatz in der Grenzallee, Altmärkisch mit Punkt 1/1 von der Turnhalle in der Weißense. Gänge herzlich willkommen.

Reichswehr. Bei allen Kassen-Entwürfen sind die Kassenkarten vorzulegen, andernfalls in eine Prüfung der vorgebrachten Einkünfte nicht eingetreten werden kann und deshalb die betr. Personen zur Klärung werden müssen.

Reichswehr. Sonnabend 12-14 Uhr und Sonntag 9-11 Uhr in der Gemeindegemeinschaft Straße Berlin am Rannengarten von 115 bis 125 M.; auch einige Damenunterkünfte zu 18 M. — Außerdem ein Posten Kinderkrippen und Kinderbetten in allen Verkaufsstellen sowie ein kleiner weißer Post auf Kinderschlaf. Die Hälfte für Reichswehr und Landwehrlöhnen 7 M., neben einigen Paar Holzschuhe für Kinder in den Verkaufsstellen zu haben.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Bis Mittwoch im 100., 101., 102., 171. und 220. Grabenmüllendamm 125 Gramm Käse. — Anfolge der mangelhaften Zulassung an Schmalz und Fleischwaren kann in dieser Woche Fleisch nicht in voller Höhe der Wochenpläne ausgegeben werden. Auf die nicht beliebigen Fleischwaren Hühnerfleisch, jede Fleischmarke 25 Gramm, vom 25. April ab in den Schächten, in denen Mittwoch 3 der allgemeinen Lebensmittelkarte angemeldet worden ist. Der Mittwoch 3 nicht angemeldet hat aber im zuständigen Geschäft die Fleischkarte nicht erhält, kann sie in besonderen, aus der Bekanntmachung des Magistrats ersichtlichen Geschäften beziehen. Ausgegeben werden geschälte Aderböhnen, die längere Zeit gelagert werden müssen (damit man Schmalz nicht kauft), dann aber sehr schmecklich sein sollen. — Der Magistrat sieht sich gezwungen, die in hinreichendem Umfang für die Berliner Verbraucher heranzubereiten. Es sind um größere Mengen in Schiefen, Polen, Gummien und Mehlprodukten angemeldet worden, werden aber zum allergrößten Teil nicht geliefert, weil die Landpreise nach ihren Erhebungen nicht über die reichliche Bezüge verfügen und weil die Provinz Polen zum größten Teile ausfällt. Der Magistrat hat das Reichsministerium gebeten, den aus außerordentlichen Teilen des Reiches angemessen zu erhalten. Wenn diese Bemühungen keinen Erfolg haben sollten, wird die Heranzuführung der Berliner Pferde bis zum Beginn des neuen Wirtschaftsjahres nicht möglich sein.

Spandau. Im Rathaus noch ein kleiner Posten Saatkorn 4.— M. das Pfund, bis zu 100 Gramm, ohne Saatkorn. Saatkorn im Zimmer 407. — Ab heute Amerikamehl, erstmalig für zwei Wochen (Reb 1. und 6 der Einfuhr-Zugfahrte). Schiffe erhalten das Mehl gegen das Mittelstück der Lebensmittelkarte. Per Waggons zur Erzeugung des Mehls mit inländischen Weizen wird gewarnt. Das laufende Publikum kann in Zweifelsfällen jederzeit Auskunft über die Güte des Mehls bei den Kommissionären Ferd. H. Müller, Klosterstraße, und Schulze & Dopp, Potsdamer Straße 1, erhalten.

Spandau. 250 Gramm Fleisch, zum größten Teil Wismutkonkurrenz.

Spandau. Vom Sonnabend ab auf Mittwoch 19 der allgemeinen Lebensmittelkarte 100 Gramm Eier (10 M.).

Kuchholz. Abgabe von Saatkorn für die Berliner am Freitag und Sonnabend von 9-11 Uhr (1 Zentner 17 M.). Im Amthaus Strömen (50 M.). Freitag von 9-11 Uhr bei den Reichswehr Verkauf von Fleischwaren gegen weiße Lebensmittelkarte. Im Amthaus kann bestelltes Saatkorn abgeholt werden, ferner Abgabe von Saatkorn für Schweinehälften und Verkauf einer größeren Anzahl Wismutkonkurrenz.

Friedrichshöhe. Abgabe von Saatkorn für Berlin über 70 Jahre am Freitag und Sonnabend jeder Woche, bezüglichen für Kinder unter Belegung der Wismutkonkurrenz für Monat Mai. — Als Ersatz für Petroleum werden Paraffinlampen (Stück 25 M.) im Einwohnerministerium, Dönhofsstr. 31, verkauft. Bezugsberechtigt sind nur Haushaltungen, die weder Gas- noch Gaslichtanschluss haben und die bereits zum Bezug von Petroleum angemeldet sind.

Spandau. Stadtsiegeln verteilte Lebensmittel gelangen von Sonnabend ab in den Lebensmittelhandlungen zum Verkauf. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Lebensmittelgeschäfte strengste Kontrolle haben, die auf dem Markt angebotenen Verkaufslagen umzusetzen und nicht bereits am Tage vorher mit dem Verkauf zu beginnen.

